

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 11. Juni bis 27. August 2020³¹

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
24. August 2020	EK	Die Europäische Kommission hat dem Rat Vorschläge für Beschlüsse zur Gewährung finanzieller Unterstützung im Rahmen des „SURE“-Instruments vorgelegt. Insgesamt sollen vorerst 81,4 Mrd EUR (der maximal bis zu 100 Mrd EUR) an begünstigten Darlehen für Beschäftigungserhaltungsmaßnahmen insbesondere für Kurzarbeit für 15 Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden.
18. August 2020	EZB	Die EZB und die Zentralbank der Republik San Marino vereinbaren eine Repo-Linie mit einem Volumen von 100 Mio EUR, welche bis Juni 2021 gilt, sofern keine Verlängerung beschlossen wird. Weiters vereinbarten die EZB und die Nationalbank der Republik Nordmazedonien eine Repo-Linie in der Höhe von 400 Mio EUR, gültig bis Juni 2021, sofern keine Verlängerung beschlossen wird.
23. Juli 2020	EP-Sonder-Plenum	Die Abgeordneten begrüßten die ER-Einigung vom 21.7.2020 und die Annahme des Aufbaufonds durch die Staats- und Regierungschefs insgesamt, aber kritisierten Teile davon. Sie forderten eine volle demokratische Kontrolle des Aufbauinstruments durch das Parlament. Als inakzeptabel kritisiert wurden Kürzungen des langfristigen EU-Haushalts bei zukunftsorientierten Programmen, wie etwa digitaler Wandel, Jugend, Kultur und Klimaschutz. Darüber hinaus brauche es einen klaren Mechanismus zur Verknüpfung von EU-Ausgaben und der Achtung von Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten. Das Parlament betonte erneut die Notwendigkeit einer Reform des Eigenmittelsystems der EU, insbesondere die Schaffung neuer Eigenmittel, um die Gegenfinanzierung zu gewährleisten. Der Kompromissvorschlag muss in den bevorstehenden Verhandlungen zwischen EP und ER verbessert werden, um die Zustimmung des EP zu erlangen. Die ER-Einigung muss in Form eines Legislativpakets bis Ende 2020 verabschiedet werden.
23. Juli 2020	EZB	Die EZB und die Magyar Nemzeti Bank vereinbaren Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität mit einem Volumen von 4 Mrd EUR. Die Repo-Linie mit der ungarischen Notenbank gilt bis Juni

³¹ Autoren: Christiane Kment, Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		2021, sofern keine Verlängerung beschlossen wird.
17 – 21. Juli 2020	ER Sondergipfel	Mehrfähriger Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds: Die 27 Mitgliedsstaaten konnten sich nach viertägigen Verhandlungen auf ein 1,8 Billionen Paket einigen. Davon entfallen 1.074 Mrd EUR auf den nächsten siebenjährigen Finanzrahmen und 750 Mrd EUR (Zuschüsse 390 Mrd EUR und Kredite 360 Mrd EUR) auf den Aufbaufonds „Next Generation EU“. Die gemeinsamen EU-Schulden sollen bis 2058 getilgt sein. Größte Empfänger werden Italien, Spanien und Frankreich sein. Um die Zustimmung zum Kompromissvorschlag der sparsamen Vier (AT, S, NL und DK) zu erlangen, wurden ihnen höhere EU-Budgettrabatte gewährt.
17. Juli 2020	EZB	Die EZB und die albanische Notenbank vereinbaren eine Repo Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität in der Höhe bis zu 400 Mio EUR, welche bis Juni 2021 gilt, sofern keine Verlängerung beschlossen wird. Ebenso vereinbarte die EZB mit der serbischen Notenbank eine Repo Linie mit dem Volumen von 1 Mrd EUR, welche auch bis Juni 2021 gilt, sofern keine Verlängerung beschlossen wird.
10. Juli 2020	EU-Kommunique, bzw. EZB-Beschluß	Bulgarien und Kroatien traten am 13.7.2020 dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) bei. Als Leitkurs wurde für den bulgarischen Lew der langjährige fixe Wechselkurs zum Euro in Höhe von 1,95583/EUR gewählt, für die kroatische Kuna der aktuelle Marktkurs von 7,53450/EUR. Parallel dazu beschloss der EZB-Rat am 10.7.2020 die „close cooperation“ zwischen der EZB und den Notenbanken der beiden Länder im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) – entsprechend dem Prozedere, das die WKM II-Parteien im Jahr 2018 festgelegt hatten. Die WKM II-Teilnahme ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf einen späteren Eintritt in die Währungsunion – der EU-Vertrag sieht eine spannungsfreie Teilnahme im WKM II ohne Abwertungen der Zentralparität für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren als eine von mehreren Bedingungen für die Einführung des Euro vor. Somit könnte der Eintritt der beiden Länder in den Euroraum – rein technisch gesehen – frühestens per 1.1.2023 erfolgen. Der tatsächliche Euro-Beitrittszeitpunkt wird sich danach richten, wann die beiden Länder alle Bedingungen für die Teilnahme an der Währungsunion erfüllen werden. Dazu gehört neben der erfolgreichen WKM II-Teilnahme das Erreichen eines hohen Ausmaßes an nachhaltiger Konvergenz sowie die volle Übernahme aller rechtlichen Bestimmungen, denen Euroraum-Mitgliedstaaten unterliegen. Die Erfüllung dieser Bedingungen wird von der Europäischen Kommission und der EZB in ihren Konvergenzberichten geprüft und evaluiert. Der Konvergenzbericht der EZB wird unter Einbindung der nationalen Zentralbanken des ESZB, somit auch der OeNB, erstellt und vom Erweiterten Rat der EZB formell beschlossen. Basierend auf diesen Berichten, die im Falle der

		Europäischen Kommission auch eine Empfehlung im Hinblick auf den Beitritt zur Währungsunion enthalten, erfolgt die Beschlussfassung über Erweiterungen der Währungsunion im ECOFIN-Rat, nach Konsultation mit dem Europäischen Parlament und nach Diskussion mit den Staats- und Regierungschefs.
10. Juli 2020	ECOFIN Rat	<p>Schwerpunkte: Gedankenaustausch zum Standpunkt der COVID-19-Bewältigungsmaßnahmen und Präsentation des CMU-Abschlussberichts vom 10. Juni 2020 mit 17 Empfehlungen zur Beseitigung der größten Hindernisse. Die Prioritäten fließen in den EK-CMU-Aktionsplan, welcher bis Ende 2020 geplant ist, ein.</p> <p>Rat zieht Bilanz über die Konvergenzberichte der EK und EZB vom 10. Juni 2020. Keines der 7 geprüften Länder erfüllt derzeit die Voraussetzungen für einen Beitritt zum Euroraum.</p> <p>Die Prioritäten des EU-Rats-Vorsitzlandes Deutschland sind: ambitionierte Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, Modernisierung EU-Steuerpolitik, Stärkung der Bankenunion, Vorantreiben der Kapitalmarktunion</p>
9. Juli 2020	Eurogruppe	<p>Letztmals unter dem Vorsitz von Mario Centeno. Die nächste Eurogruppensitzung am 11.9.2020 wird bereits unter dem neu gewählten EG-Präsidenten, dem irischen Finanzminister Paschal Donohoe, stattfinden.</p> <p>Die EK-Sommerprognose zeigt eine noch tiefere und uneinheitlichere Rezession bei bleibender Unsicherheit: (Euroraum: -8,7% 2020, +6,1% 2021; EU: -8,3% 2020, +5,8% 2021).</p> <p>Tourliche Präsentation des Berichts des Europäischen Fiskalausschusses und der EK-Budgetbewertung basierend auf den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen 2020. Konsens für gezielte, zeitgerechte COVID-19-bedinge Unterstützungsmaßnahmen.</p>
1. Juli 2020	EU	<p>Kroatien, das mit 1.1.2020 erstmals in der Geschichte die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland übernahm, übergab diese am 1.7.2020 an Deutschland.</p> <p>Deutschland hat nun sein Arbeitsprogramm angesichts der Covidkrise neu adaptiert, mit dem Ziel Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen lassen zu können.</p> <p>Gleichzeitig ist der 1.7.2020 auch der Beginn einer neuen Trio-Ratspräsidentschaft für den Zeitraum bis 31.12.2021. Nach der 2. Jahreshälfte 2020 durch Deutschland, wird die 1. Jahreshälfte 2021 Portugal übernehmen und die 2. Jahreshälfte 2021 Slowenien.</p>
25. Juni 2020	EZB	Beschluss einer neuen Euro-Repo Linie (EUREP) für Notenbanken von Nicht-Euro-MS. Die temporäre Fazilität soll bis Juni 2021 zur Verfügung stehen und als vorsorglicher Backstop Pandemie- verursachte Liquiditätsengpässe außerhalb des Eurogebiets vermeiden.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

30. Juli 2020	IWF	Das Exekutivdirektorium beschloss den neuen Central Bank <i>Transparency Code (CBT)</i> . Der <i>CBT</i> basiert im Wesentlichen auf dem <i>1999 Monetary and Financial Policies Transparency Code</i> sowie den <i>2017 Joint Review of the Standards and Codes Initiative</i> . Der <i>CBT</i> soll – unter Berücksichtigung länderspezifischer Umstände – einen detaillierten Leitfaden zur Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Notenbanken der Mitgliedsstaaten bieten und kann auf freiwilliger Basis umgesetzt werden. Ferner soll der <i>CBT</i> u.a. als Instrument zur Beurteilung des <i>capacity developments</i> eines Mitgliedslandes dienen, sowie im Zuge einer verbesserten <i>Accountability</i> zu einem zielgerichteteren Dialog der Notenbanken mit anderen wirtschaftspolitischen Akteuren dienen.
24. Juli 2020	IWF	Das Exekutivdirektorium diskutierte im Zuge eines Reviews die aktuelle Ertragssituation des IWF. Die Netto-Betriebserträge des Ende April abgelaufenen Geschäftsjahres betragen rd. 1,4 Mrd SZR. Die gute Ertragslage ist überwiegend auf die erhöhte Kreditinanspruchnahme der Mitgliedsländer im Zuge der <i>COVID 19</i> -Krise zurückzuführen. Trotz der hohen Zinserträge verbuchte der IWF im FY 2020 einen Nettoverlust in Höhe von rd. 1,1 Mrd SZR. Der Hauptgrund liegt in einer Anpassung der Pensionsverbindlichkeiten gemäß den international gültigen <i>IAS 19</i> -Regelungen. Dadurch verringerten sich auch die Rücklagen des IWF gegen Kreditausfälle (<i>Precautionary Balances</i>) auf rd. 16,5 Mrd SZR. Der IWF-Stab prognostiziert für die beiden kommenden Jahre eine weiterhin robuste Ertragslage (Nettoeinkommen 2021: 1,4 Mrd SZR bzw. 2022: 1,7 Mrd SZR). Der Basiszinssatz (<i>Rate of Charge</i>) für Kreditgewährungen wird in den beiden Geschäftsjahren 2021 und 2022 unverändert 100 Basispunkte betragen.
01. Mai 2020	IWF	Das Exekutivdirektorium beschloss eine temporäre Erhöhung der Betragsgrenzen für Inanspruchnahmen von Krediten des IWF. Bis 6. April 2021 können Kredite aus dem Allgemeinen Ressourcenkonto (<i>GRA</i>) jährlich bis kumuliert 245 % (bisher 145 %) der jeweiligen Quote in Anspruch genommen werden. Die jährlichen Höchstgrenzen für <i>PRGT</i> -Kredite wurden von 50 % auf 100 % (bzw. 183,3 % im Wege eines <i>Exceptional Access</i>) der jeweiligen Quote angehoben. Ferner wurden die Beschränkungen der maximalen Anzahl der Kredittranchen innerhalb von 12 Monaten der <i>Rapid Credit Facility</i> bis 6. April 2021 aufgehoben.